

Gerhard Paul

„Herr K. ist nur Politiker und als solcher aus Amerika zurückgekommen.“

Die gelungene Remigration des Dr. Rudolf Katz

in:

Die „Reichskristallnacht“ in Schleswig-Holstein. Der Novemberpogrom im historischen Kontext. Herausgegeben von Rainer Hering (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein Band 109). Hamburg 2016.

S. 295 – 316

Hamburg University Press
Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg
Carl von Ossietzky

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf den Verlagswebseiten frei verfügbar (Open Access). Die Deutsche Nationalbibliothek hat die Netzpublikation archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek verfügbar:

Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek – <https://portal.dnb.de/>
Hamburg University Press –
http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP_LASH109_Pogromnacht

ISBN 978-3-943423-30-3 (Print)
ISSN 1864-9912 (Print)

© 2016 Hamburg University Press, Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, Deutschland

Produktion: Elbe-Werkstätten GmbH, Hamburg, Deutschland
<http://www.elbe-werkstaetten.de/>

Covergestaltung: nach einem Entwurf von Atelier Bokelmann, Schleswig

Bildnachweis

Jüdische Marinesoldaten 1914 im Kieler Hohenzollernpark (heute Schrevenpark). In der hinteren Reihe Mitte mit Infanteriehelm Rudolf Katz.

Rudolf Katz in der Robe des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts.

Bildersammlung der Universität Flensburg.

Inhaltsverzeichnis

<i>Rainer Hering</i>	
Einleitung	7
<i>Eberhard Schmidt-Elsaesser</i>	
Grußwort	13
<i>Walter Rothschild</i>	
Grußwort	19
<i>Bettina Goldberg</i>	
Juden in Schleswig-Holstein Ein historischer Überblick	29
<i>Gerhard Paul</i>	
Spuren Fotografien zum jüdischen Leben in Schleswig-Holstein 1900–1950	53
<i>Klaus Alberts</i>	
Weg in den Abgrund Zur Außerrechtsetzung der deutschen Staatsangehörigen jüdischen Bekenntnisses 1933 bis 1945	71
<i>Joachim Lijß-Walther</i>	
Antijudaismus und Antisemitismus in der Geschichte von Kirche und Theologie Kurzer Abriss einer langen Verirrung – mit Hinweisen auf gewonnene theologische Einsichten nach der Schoah	105
Zwangsausweisungen im Oktober 1938: Die Geschichte der Familie Fertig.....	139
<i>Hermann Beck</i>	
Antisemitische Gewalt während der Machtergreifungszeit und die Reaktion der deutschen Gesellschaft	141
<i>Frank Bajohr</i>	
Die Deutschen und die Judenverfolgung im Spiegel von Geheimberichten	191

Kindertransporte: Die Geschichte von Fritz, Leo und Frieda	213
<i>Michael Wildt</i>	
Antisemitische Gewalt und Novemberpogrom	215
<i>Bernd Philipson</i>	
„Dat Judennest hebbt wi utrökert.“ Vom gewaltsamen Ende des Auswanderer-Lehrguts Jägerslust bei Flensburg	231
Abwicklung und Ausweisung: Die Geschichte von Dora Kufelnitzky	255
<i>Beate Meyer</i>	
„Ihre Evakuierung wird hiermit befohlen.“ Die Deportation der Juden aus Hamburg und Schleswig-Holstein 1941–1945	257
Leben bis zur Deportation: Die Geschichte der Schwestern Lexandrowitz	277
<i>Gerhard Paul</i>	
„Ich bin ja hier nur hängengeblieben.“ Wie Benjamin Gruszka alias „Bolek“ von Warschau nach Lübeck kam, dort heimisch wurde und es im hohen Alter wieder verließ	279
<i>Gerhard Paul</i>	
„Herr K. ist nur Politiker und als solcher aus Amerika zurückgekommen.“ Die gelungene Remigration des Dr. Rudolf Katz	295
<i>Iris Groschek</i>	
Der Koffer als Symbol in der Erinnerungskultur	317
<i>Harald Schmid</i>	
Der bagatellierte Massenmord Die „Reichsscherbenwoche“ von 1938 im deutschen Gedächtnis	343
Über die Autorinnen und Autoren	365
Personenregister	367
Ortsregister	373
Bildnachweis	379
Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein	383

Gerhard Paul

„Herr K. ist nur Politiker und als solcher aus Amerika zurückgekommen.“

Die gelungene Remigration des Dr. Rudolf Katz¹

Am 1. Dezember 1947 wurde in Kiel ein Mann zum Justizminister ernannt, dessen Emigrationsstationen Paris, Schanghai und New York gewesen waren. Dieser Remigrant sollte die Frühgeschichte Schleswig-Holsteins und die der jungen Bundesrepublik noch in wichtigen Funktionen mitbestimmen. In doppelter Weise war seine Berufung ungewöhnlich: Nur noch im Saarland war es einem Remigranten gelungen, einer Landesjustizverwaltung vorzustehen.² Vor allem aber überrascht es, dass gerade in Kiel ein Remigrant und dazu noch ein Jude an die Spitze einer von ehemaligen NS-Juristen durchsetzten Justiz gestellt wurde. Katz' Lebensgeschichte ist eine schräge Biografie, die sich gegen schnelle Etikettierungen sperrt und schon gar nicht „politically correct“ ist. Und gerade darum ist sie so spannend.

¹ Dieser Aufsatz erschien erstmals in dem Sammelband von Gerhard Paul/Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.): *Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918–1998)*. Neumünster 1998, 699–711. Er wurde für die Zwecke einer neuerlichen Publikation leicht bearbeitet, auf den neuesten Forschungsstand gebracht und der aktuellen Rechtschreibung angepasst.

² Speziell zur Remigration von Juristen, allerdings ohne Bezugnahme auf Katz, siehe Ulrike Jordan: *Die Remigration von Juristen und der Aufbau der Justiz in der britischen und amerikanischen Besatzungszone*. In: Claus-Dieter Krohn/Patrik von zur Mühlen (Hrsg.): *Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands*. Marburg 1997, 305–320; zu Remigranten in westdeutschen Parlamenten und parlamentarischen Gremien siehe Jan Foitzik: *Remigranten in parlamentarischen Körperschaften Westdeutschlands. Eine Bestandsaufnahme*. Ebd., 71–90; allgemein zur Remigration in die Westzonen siehe den Überblick zum Forschungsstand von Marita Krauss: *Die Westzonen*. In: Claus-Dieter Krohn/Patrik von zur Mühlen/Gerhard Paul/Lutz Winckler (Hrsg.): *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945*. Darmstadt 1998, Sp. 1161–1171.

Rudolf Katz wurde am 30. September 1895 als Sohn des Lehrers und Kantors Leopold Katz und dessen Frau Hulda in Falkenburg in Pommern geboren.³ Durch die Versetzung des Vaters an die Jüdische Gemeinde nach Kiel kam die Familie 1897 nach Schleswig-Holstein. Nach dem Tod des Vaters 1920 übernahm auf Vermittlung von Mutter Katz und Sohn Rudolf dessen Onkel Gerson Chaim, ein strenggläubiger Mann, die Stelle des Lehrers und Kantors. Mit ihren insgesamt 76 Mitgliedern zählte die Familie Katz vor dem Weltkrieg zu den größten und einflussreichsten jüdischen Familien Kiels. Sie machte etwa zehn Prozent der dortigen Gemeinde aus.⁴

Kindheit, Jugend und Studienzeit verbrachte Rudolf Katz in Kiel. Wie seine Geschwister Walter, Gertrud, Erich und Elsa⁵ besuchte er nachmittags die jüdische Religionsschule und beging mit Familie und Freunden die jüdischen Feiertage. Ein Foto zeigt ihn zusammen mit Schwester Elsa und jüdischen Marinesoldaten, von denen damals etwa sechshundert in Kiel stationiert gewesen sein sollen,⁶ 1915 beim Pessachfest im elterlichen Haus in der Muhliusstraße 87.⁷ 1913 legte er am Kieler Reform-Gymnasium sein

³ Leopold Katz, * 1866 Born, Lehrerseminar Köln, Lehrer und Kantor in Falkenburg, Naugard und Kiel, 1920 in Kiel gestorben und beerdigt; LASH Abt. 786 Nr. 138; Freie und Hansestadt Hamburg, Sozialbehörde: Amt für Wiedergutmachung 300995; Das Bundesverfassungsgericht 1951–1971. Karlsruhe 1971, 228. Zahlreiche weitere biografische Detailinformationen sind der Aufzeichnung eines Gesprächs entnommen, das Dietrich Hauschildt-Staff am 5.5.1982 mit der jüngsten Schwester von Katz, Frau Elsa Katz, in New York geführt hat; Universität Flensburg, Forschungsprojekt „Juden in Schleswig-Holstein“ (FJSH), Slg. Hauschildt-Staff 3.

⁴ Zur Situation der jüdischen Minderheit in Schleswig-Holstein im Allgemeinen sowie zur Situation der Kieler Gemeinde im Besonderen siehe Bettina Goldberg: *Abseits der Metropolen. Die jüdische Minderheit in Schleswig-Holstein.* Neumünster 2011.

⁵ Dr. Walter Katz, * 1893 Falkenburg, 1913 stud. jur. in Kiel, 1916 EK II, 1918 Soldatenrat Neumünster, Rechtsanwalt und Notar in Berlin, 1943 nach Auschwitz deportiert, dort umgekommen, nach Bekanntwerden seines Todes nahm sich seine Frau das Leben; Gertrud Katz, * 1894 Falkenburg, 1915 stud. med. in Kiel, verheiratet mit Dr. Klotz, lebte 1933 in Altkirch im Elsass, 1943 zusammen mit der Mutter auf der Flucht in Südfrankreich gestorben; Erich Katz, * 1897 Naugard, Fabrikdirektor im bayerischen Weißenburg, emigrierte mit seiner Familie 1936 in die USA, amerikanischer Staatsbürger; Elsa Katz, * 1902 in Kiel, lebte seit 1933 zusammen mit ihrer Mutter und Rudolf Katz in dessen Altonaer Wohnung, nachdem sie 1938 ihren Arbeitsplatz verloren hatte, emigrierte sie nach New York, amerikanische Staatsbürgerin.

⁶ Siehe Leo Bodenstein: *Und plötzlich mußte ich englisch reden ... Warum ein Kieler Amerikaner wurde.* Kiel 1991, 45.

⁷ Siehe eine Abbildung in dem Buch von Gerhard Paul/Bettina Goldberg: *Matrosenanzug – Davidstern. Bilder jüdischen Lebens aus der Provinz (Quellen und Studien zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung Schleswig-Holsteins 3).* Neumünster 2002, 31.

Abitur ab, um anschließend in der Stadt an der Förde ein Studium der Rechtswissenschaften zu beginnen, das der Erste Weltkrieg jäh unterbrach. Von 1914 bis 1918 nahm Katz als Angehöriger des Infanterieregiments 163 am Weltkrieg teil, zuletzt im Range eines Leutnants; er erlitt drei Verwundungen. Für besondere Tapferkeit wurde er mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet – ein treu-deutscher jüdischer Soldat.



Jüdische Marinesoldaten 1914 im Kieler Hohenzollernpark (heute Schrevenpark).
In der hinteren Reihe Mitte mit Infanteriehelm Rudolf Katz.

Wie die Ereignisse des November 1918 in Kiel auf die Familie Katz gewirkt haben, ist unbekannt. Bruder Walter jedenfalls, dessen Hochzeit mit einer nichtjüdischen Frau innerhalb der Gemeinde große Erregung ausgelöst hatte, zählte im November 1918 zu den Mitgliedern des Soldatenrates in Neumünster. Vermutlich hat sich auch Rudolf Katz während des allgemeinen Aufbruchs jener unmittelbaren Nachkriegszeit der Sozialdemokratie angeschlossen: ein erster Schritt aus dem in politischen Fragen traditionell eher liberal, aber keineswegs sozialdemokratisch eingestellten jüdischen Milieu.

Nach mehrjähriger Unterbrechung konnte Katz 1919 sein Studium in Kiel abschließen. Sein Referendariat und die erste Staatsprüfung absolvierte er am dortigen Oberlandesgericht. Katz war ein strebsamer junger

Mann. Bereits am 15. November 1920 promovierte er bei dem bekannten Kieler Staatsrechtler Professor Dr. Walter Jellinek⁸ mit einer verfassungsrechtlichen Studie über die Stellung des Reichspräsidenten im Vergleich zur Stellung der Präsidenten in der amerikanischen und französischen Verfassung.⁹ 1923 beendete er in Berlin seine juristische Ausbildung mit dem Assessoren-Examen. Verheiratet war er mit Anni Jacob,¹⁰ der Tochter des angesehenen Kieler Arztes und späteren Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Kiel Dr. Joseph Jacob.¹¹ Aus dieser Ehe gingen zwei Töchter hervor (Susanne * 1925; Bettina * 1929), die später zusammen mit der Mutter nach Palästina auswanderten. Bereits 1932 wurde die Ehe geschieden.

Zunächst fand Katz 1923 eine Betätigung als Syndikus in Lübeck. 1924 stieg er in die jüdische Rechtsanwaltssozietät von Dr. Rudolf Magen in Altona ein, wo er zusammen mit seiner Familie in den kommenden Jahren lebte. 1929 wurde er Notar. Auch politisch machte er nun von sich reden. 1929 zog er für die SPD in die Altonaer Stadtverordnetenversammlung ein, der er während der Endphase der Weimarer Republik 1932/33 vorstand. In dieser Funktion gehörte er zugleich dem Schleswig-Holsteinischen Städtetag an. In der Öffentlichkeit galt Katz als einer der Protagonisten der kommunalen Selbstverwaltung. Vermutlich rührte aus dieser Zeit auch seine Freundschaft mit dem Altonaer Oberbürgermeister und späteren ersten Nachkriegsbürgermeister Hamburgs, Max Brauer, der acht Jahre älter als er war.¹² Bereits zu dieser Zeit scheint sich Katz so weit von seinem jüdischen Herkunftsmilieu entfernt zu haben, dass er 1930 aus der Deutsch-

⁸ Prof. Dr. Walter Jellinek, * 1885, Jude wie Katz, 1913–1929 Professor für öffentliches Recht, besonders Staats- und Verwaltungsrecht sowie Kirchen- und Völkerrecht in Kiel, 1919 Leiter des Juristischen Seminars, Kollege u. a. so bedeutsamer Juristen wie Gustav Radbruch und Hermann Kantorowicz, 1928/29 Rektor der CAU, 1929 Berufung nach Heidelberg, dort 1935 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.

⁹ Rudolf Katz: Die Stellung des deutschen Reichspräsidenten im Vergleich zu der der Präsidenten Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika. Rechts- u. staatswiss. Diss. Kiel 1920.

¹⁰ Anni Jacob, * 1894 Kiel, wanderte mit ihren beiden Töchtern später nach Palästina aus, lebte 1957 im Kibbutz Meschek Jagur/Israel.

¹¹ Dr. Joseph Jacob, * 1862 Rendsburg, praktischer Arzt in Kiel, Mitglied im Verbandsausschuss, 1929/30 1. Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Kiel, starb 1930 in Altona, vermutlich bei seiner Tochter. Nach ihm wurde 1930 die jüdische Religionsschule in Kiel benannt.

¹² Zu Brauer ausführlich Axel Schildt: Max Brauer (Hamburger Köpfe). Hamburg 2002.

Israelitischen Gemeinde Hamburg austrat, der er seit 1925 angehört hatte:¹³ der zweite Schritt der Entfremdung.

In ihren Funktionen hatten sich Brauer und Katz schon früh den Hass der Nationalsozialisten eingehandelt. Vor allem die *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung* zog heftig gegen beide zu Felde und machte ihnen wiederholt den Vorwurf der Korruption und der Bestechlichkeit. Wie sehr sich die politischen Auseinandersetzungen in Altona zugespitzt hatten, offenbarte der „Altonaer Blutsonntag“ vom 17. Juli 1932.¹⁴ Unmittelbar nach der „Machtergreifung“ machten sich die neuen Herren daran, das „rote Altona auszumisten“. Auch nach Brauer begaben sich die braunen Horden auf die Suche. Gegenüber Katz wurde von NS-Seite der Vorwurf der Unterschlagung von Geldern des Städtetages erhoben. Ein Ermittlungsverfahren gegen ihn musste jedoch später ergebnislos eingestellt werden.

Altona – Schanghai – New York

Rudolf Katz wurde es in Deutschland zu gefährlich. Bereits am Tag vor dem antijüdischen Boykott vom 1. April 1933 emigrierte er zu seiner Schwester Gertrud ins elsässische Altkirch, nachdem er vertraulich von seiner unmittelbar bevorstehenden Festnahme in Kenntnis gesetzt worden war.¹⁵ Wenig später traf auch Brauer mit seiner Familie in Altkirch ein.¹⁶ In der Wohnung in der Altonaer Bebel-Allee nahm die Hamburger Staatspolizei derweil eine Hausdurchsuchung vor. Katz wurde zur Fahndung ausgeschrieben. Durch Verfügung des preußischen Justizministers vom 9. Juni 1933 wurde er aus dem Amt als Notar entlassen. Am 5. September 1933 veranlasste das Ministerium seine Löschung aus der Anwaltsliste. Seitdem er Al-

¹³ Sozialbehörde Hamburg: Amt für Wiedergutmachung 300995, Bl. 11.

¹⁴ Zur politischen Situation in Altona während der Weimarer Republik und zu Beginn des „Dritten Reichs“ ausführlich Christa Fladhammer/Michael Wildt (Hrsg.): Max Brauer im Exil. Briefe und Reden aus den Jahren 1933–1946. Hamburg 1994, 15ff.

¹⁵ Eidesstattliche Erklärung Dr. Rudolf Katz vom 26.11.1954, Sozialbehörde Hamburg: Amt für Wiedergutmachung 300995.

¹⁶ Zur Flucht siehe die Schilderung durch Max Brauer: „Zeitgeschichte miterlebt. Max Brauer 1967“. Landesbildstelle Hamburg T 161.

tona verlassen hatte, vertraute Katz seine Erlebnisse und Erfahrungen einem Tagebuch an.¹⁷

Noch im Laufe des Frühjahrs reisten Katz und Brauer weiter nach Paris. Durch Vermittlung des französischen Sozialisten Salomon Grumbach bekamen beide dort Kontakt zu dem Völkerbundbeamten Dr. Ludvig Rajchmann, der als enger Vertrauter des chinesischen Finanzministers auf der Suche nach tüchtigen Verwaltungsfachleuten war, die der Kuomintang-Regierung beim Aufbau einer an westlichen Standards orientierten, effektiven Administration helfen sollten.¹⁸ Später gesellten sich zu ihnen noch der ehemalige preußische Finanzminister Otto Klepper, der einstige Polizeipräsident von Magdeburg Horst Baerensprung und der Ökonom Dr. Kurt Bloch. Schon wenige Wochen später erhielten alle fünf von dem „National Economic Council“ aus Nanking gut dotierte Beraterverträge sowie die notwendigen Reisedokumente. Bevor die Gruppe am 2. September 1933 mit der SS „Rawalpindi“ von Southampton in Richtung Schanghai in See stach, hatte Rudolf Katz am 26. August noch in aller Eile in England eine Kollegin aus der Altonaer Anwaltskanzlei, die nichtjüdische Rechtsanwältin Dr. Agnes Kühl aus Lunden bei Heide,¹⁹ geheiratet, die ihm ins Exil nach Frankreich gefolgt war: ein weiterer Schritt der Entfremdung von seinem jüdischen Herkunftsmilieu.

Anfang Oktober traf das frisch vermählte Paar in Schanghai ein, wo sich in den folgenden Jahren noch etliche Juden – auch aus Schleswig-Holstein – auf der Flucht vor den Nationalsozialisten einfinden sollten.²⁰ Während

¹⁷ Nach den Aufzeichnungen von Dietrich Hauschildt-Staff befand sich dieses bis 1940 geführte Tagebuch 1982 noch im Besitz von Frau Elsa Katz in New York.

¹⁸ Zur Beratertätigkeit von Katz und Brauer in China ausführlich Fladhammer/Wildt (Anm.14), 30ff.

¹⁹ Dr. jur. Agnes Kühl, * 1898 Eckernförde, Rechtsanwältin, 1927 Promotion in Marburg mit einer Studie zum Eherecht, anschließend Eintritt in die Anwaltssozietät Katz & Magen, 1976 in Baden-Baden gestorben.

²⁰ Zur Emigration nach Schanghai Goldberg (Anm. 4), 460ff. Ausführlich zur Tätigkeit von Brauer und Katz in Schanghai bzw. China Fladhammer/Wildt (Anm. 14), 36ff; allgemein zur deutschsprachigen Schanghai-Emigration vor allem David Kranzler: *Japanese, Nazis & Jews. The Jewish Refugee Community of Shanghai, 1938–1945*. New York 1976; *Leben im Wartesaal. Exil in Shanghai 1938–1947*. Hrsg. vom Jüdischen Museum im Stadtmuseum Berlin. Berlin 1997; zusammenfassend zur Tätigkeit deutscher Emigranten in Schanghai und China siehe Patrik von zur Mühlen: *Ostasien*. In: Krohn u. a. (Hrsg.): *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945* (Anm. 2), Sp. 336–349.

sich Brauer in Nanking – dem Sitz der Nationalregierung – niederließ, blieben Rudolf und Agnes Katz in Schanghai. Zu der deutschen Kolonie wie zu den übrigen, bereits in Schanghai eingetroffenen deutschen Emigranten hatten sie kaum Kontakt, wie Katz 1934 in einem Brief an Brauer klagte.

„Wir leben hier sehr zurückgezogen. Klepper und Bloch sehen wir überhaupt nicht, Baerensprung selten, gelegentlich den einen oder den anderen der deutschen Ärzte.“

Außerdem müsse man sich wohl damit abfinden, dass ein Umschwung in Deutschland in den nächsten Jahren nicht wahrscheinlich sei.²¹ Über die *Deutsche Freiheit* – die Zeitung des saarländischen Sozialistenchefs Max Braun – informierten sich beide über die Entwicklung in Deutschland und der Welt. Briefkontakte nach Deutschland bestanden unter anderem zu Bruder Erich, der sie unter anderem über die Ermordung des Altonaer Polizeipräsidenten und Sozialdemokraten Otto Eggerstedt durch die Nationalsozialisten informierte, sowie zu Toni Jensen in Kiel.²² Beruflich war Katz zunächst mit einem Gutachten über die kommunalen Versorgungsbetriebe in Schanghai beschäftigt. Über seine spätere Verwendung herrschte derweil noch Ungewissheit.

Im Januar 1934 begaben sich Katz und Brauer in Begleitung ihrer chinesischen Mitarbeiter auf eine große Inspektionsreise in den Norden Chinas. Währenddessen intervenierte das Deutsche Reich bei der chinesischen Regierung und forderte diese auf, die Beraterverträge rückgängig zu machen. Im Juni 1934 konnte der deutsche Gesandte in Nanking nach Berlin melden, der „National Economic Council“ habe die Entlassung der deutschen Berater verfügt. Ohne Erfolg bemühte sich Katz um eine neue Beschäftigung in Schanghai. Politisch beurteilte er die Lage in Deutschland nach der Volksbefragung vom 19. August 1934 wieder optimistischer. „Ich sehe in dem Referendum einen sehr bemerkenswerten Markstein der Antinazibewegung“, schrieb er am 5. September 1934 an Brauer. Über kurz oder lang werde die Entwicklung in Deutschland quasi zwangsläufig zu einer linksgerichteten Regierung und zur „Abkehr vom Rassenstaat“ führen. Alles sei

²¹ Rudolf Katz an Max Brauer vom 13.6.1934, abgedruckt bei Fladhammer/Wildt (Anm. 14), 203.

²² Siehe die Hinweise in Briefen von Katz an Brauer. Ebd., 125, 132.

„nur eine Frage der Zeit. In drei Jahren sieht Deutschland anders aus. – Hoffen wir, schon früher.“²³

Während Brauer zunächst zu seiner Familie nach Frankreich zurückkehrte, reisten Agnes und Rudolf Katz nach New York ab,²⁴ wo sie am 5. Dezember 1934 die Freiheitsstatue passierten. Von amerikanischen Instituten hatte Katz Einladungen zu Vortragsveranstaltungen erhalten. Auch beruflich machte er sich wieder Hoffnungen: „Ich habe das Gefühl, daß Amerika tatsächlich den Boden für ein neues Wirkungsfeld für uns abgeben kann“, schrieb er am 19. Dezember 1934 an Brauer in Paris.²⁵ Tatsächlich gelang es ihm 1936, am „Institute for Public Administration“ der New Yorker Columbia-Universität einen Zweijahresvertrag als Lektor zu erhalten; außerdem referierte er mehrmals an der bekannten dortigen „Rand School of Social Science“.

Vom „Glauben an die tugendhaften deutschen Arbeitermassen“

Politisch fand Katz zunächst in der deutschen Sektion der „Social Democratic Federation“ (SDF) ein neues Betätigungsfeld. Die politischen Aktivitäten im US-amerikanischen Exil offenbarten Katz – wie übrigens auch Brauer – als strengen Antikommunisten mit einem hermetischen Politikverständnis sowie als Gralshüter des rückwärtsgewandten, aus den Traditionsbeständen der Weimarer Zeit zehrenden SOPADE-Vorstandes in Übersee. Dies machten vor allem seine Auseinandersetzungen mit der Gruppe „Neu Beginnen“ und dem überparteilichen „Council for a Democratic Germany“ sowie seine publizistischen Versuche deutlich.

²³ Zit. nach ebd., 240f.

²⁴ Allgemein zur Emigration in die USA siehe Joachim Radkau: Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945. Düsseldorf 1971; Walter F. Peterson: Die Vereinigten Staaten und die deutschen Emigranten. In: Ursula Langkau-Alex/Thomas M. Ruprecht (Hrsg.): Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945. Frankfurt/Main 1995, 49–73; sowie den Überblicksartikel von Claus-Dieter Krohn zum Exilland USA in: Krohn u. a. (Hrsg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration (Anm. 2), Sp. 446–466.

²⁵ Zit. nach Fladhammer/Wildt (Anm. 14), 247.

Bereits seit Frühjahr 1936 war Katz nebenberuflich Mitarbeiter an der von dem ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Gerhart Seger geleiteten, deutlich antikommunistisch ausgerichteten *Neuen Volkszeitung* (NVZ), die nach der Einstellung des *Neuen Vorwärts* das letzte deutschsprachige sozialdemokratische Presseorgan im Exil werden sollte. Von 1938 bis 1946 gehörte er als Redakteur unter dem Pseudonym Michael Kühl schließlich im Hauptberuf der NVZ an.²⁶ In völliger Fehleinschätzung der innenpolitischen Situation in Hitlerdeutschland und der Friedenssehnsucht der Deutschen träumte Katz wie so viele andere Emigranten in seinen Artikeln vom zwangsläufig unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch. Das „Fieber“ in Deutschland steige ständig an, hieß es so etwa in einem Artikel über „Die wahren Ursachen des Locarno-Bruches“ 1938.

„Die Massen des Volkes sind des Systems überdrüssig und sehnen sich nach den Zeiten der Republik zurück. Sie haben von der Knechtschaft und den Hungerlöhnen mehr als genug und warten auf eine passende Gelegenheit, um das verhaßte Joch der Diktatur abzuschütteln.“²⁷

Da Seger oft abwesend war, fungierte Katz de facto als Chefredakteur der NVZ, wie ein geheimes Dossier des „Office of Strategic Services“ (OSS) feststellte. Dieses charakterisierte zugleich präzise die politische Ideenwelt von Katz und seinem Mitarbeiterstab. Die NVZ verfolge, so war dort zu lesen, „weiterhin die Ideen der deutschen Sozialdemokratie und bietet gewissermaßen eine allwöchentliche Apologia für die Weimarer Republik. Sie neigt natürlich völlig zu dem Glauben an die tugendhaften deutschen Arbeitermassen, die den ‚guten Deutschen‘ verkörpern, der von den tief verhaßten Nazis versklavt wird. Die alten Fehden sind darin wieder zu hellem Leben entflammt; Hitlers Sieg über die Sozialdemokratie wird

²⁶ Zur NVZ ausführlich Sigrid Schneider: „Neue Volkszeitung“. In: Hanno Hardt u. a. (Hrsg.): *Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933–1945*. München 1979, 347–377.

²⁷ *Neue Volkszeitung* vom 20.4.1938.

zum Teil auf den Kommunismus zurückgeführt. Hinzu kommt ein heftiger Verdacht auf die Sowjetunion ...“²⁸

Seinen politischen und publizistischen Einfluss sollte Katz noch ausbauen, als es ihm zusammen mit Seger gelang, den mächtigen Chefredakteur des *Jewish Daily Forward* für ihre Sache zu gewinnen und Katz es erreichte, sich in den „Board“ dieser Zeitung sowie in den des *New Leader*, einer anderen Gewerkschaftszeitung, kooptieren zu lassen.²⁹

Im Frühjahr 1939 zählte Katz zu den Mitgründern der „German Labour Delegation“ (GLD) – einer selbst ernannten deutschen Gewerkschaftsvertretung in den USA – unter dem Vorsitz des ehemaligen preußischen Innenministers Albert Grzesinski. Als Generalsekretär agierte er als ihr einflussreichstes Vorstandsmitglied. Wie die GLD insgesamt, deren Tätigkeit sich allerdings weitgehend in „fruchtlosen Grabenkämpfen und Denunziationen“ erschöpfte,³⁰ verstand sich auch Katz als Mandatsträger der ungebrochenen Parteikontinuität und damit als erbitterter Kritiker aller Abweichler oder „Modernisierer“ von der vermeintlich offiziellen Linie. Auch die Pläne der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ in London, nach dem Kriege eine neue Partei aufzubauen, unterzog er einer massiven Kritik. In „grotesker Rechthaberei“ – so Krohn – habe er versucht, die GLD vom Londoner SOPADE-Vorstand als einzige Vertretung der exilierten deutschen Gewerkschaften sowie der sozialdemokratischen Partei in den USA anerkennen zu lassen.³¹

Vor allem aber in der Bündnisfrage erwiesen sich Katz und seine Anhänger als unverbesserliche Traditionalisten. Der Bildung der sich linksso-

²⁸ Zit. nach Guy Stern: „Hitler besiegen – das genügt nicht!“ Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und exilierten Gewerkschaftern. In: Thomas Koebner/Gert Sautermeister/Sigrid Schneider (Hrsg.): Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949. Opladen 1987, 158.

²⁹ Siehe Albrecht Ragg: The German Socialist Emigration in the United States 1933 to 1945. Phil. Diss. Chicago 1977, 136ff.

³⁰ Kritisch zur GLD und zur Tätigkeit von Katz Claus-Dieter Krohn: Exilierte Sozialdemokraten in New York. Der Konflikt der German Labor Delegation mit der Gruppe Neu Beginnen. In: Michel Grunewald/Frithjof Trapp (Hrsg.): Autour du ‚Front Populaire Allemand‘. Einheitsfront – Volksfront. Bern–Frankfurt/Main–New York–Paris 1990, 81–98; ebenso Peterson (Anm. 24), 63ff.

³¹ Rudolf Katz an Erich Ollenhauer vom 29.5.1943. In: Erich Matthias (Hrsg.): Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Düsseldorf 1968, 595f.

zialistischen Gruppen öffnenden „Union“ setzten diese 1941 die Gründung des „German-American Council for the Liberation of Germany from Nazism“ entgegen, der im November 1941 die „Association of Free Germans, Inc.“ (AFG) folgte. In ihren programmatischen Erklärungen sprach sich die AFG, deren Vorstand Katz und Brauer angehörten, unter anderem für die Bildung eines einigen und souveränen Deutschlands, für die Rückgängigmachung aller Annexionen, für die Bestrafung aller Naziverbrecher sowie gegen die pauschalen Kollektivschuldzuweisungen von Sir Robert Vansittart aus.³² Ebenso eindeutig wie die Abgrenzung von der Londoner „Union“ fiel auch die Frontstellung gegenüber dem überparteilich organisierten „Council for a Democratic Germany“³³ aus. Den Höhepunkt erreichten die Angriffe der GLD mit einem Artikel von Seger und Katz am 6. Januar 1945 in der NVZ, in dem der „Council“ als eine „Einheitsfrontorganisation“ gebrandmarkt wurde, die unter der Parole „Nie wieder Weimar“ ein Sowjetsystem nach stalinistischem Vorbild plane und von kommunistischen Agenten Moskaus beherrscht werde.³⁴ Attacken wie diese isolierten Katz und die GLD, die schließlich nur mehr aus den NVZ-Redakteuren Katz, Seger und Stampfer sowie aus Brauer und Hedwig Wachenheim bestand, in der deutschen Emigration in den USA. Albert Grzesinski charakterisierte Katz als eine Art Besessenen, der für keinerlei Argumente mehr zugänglich gewesen sei und mit dem man schließlich nicht mehr diskutiert habe.

Bereits am 6. September 1938 war Katz als Reaktion auf einige NS-kritische Artikel von ihm in der *Neuen Volkszeitung* vom Deutschen Reich ausgebürgert worden.³⁵ 1941 nahm er die amerikanische Staatsbürgerschaft an. Zu seiner Familie in Europa waren alle Kontakte abgebrochen. Auf der Flucht vor Nationalsozialisten war seine Mutter 1943 in Südfrankreich gestorben. Bruder Walter hatten die Nazis nach Auschwitz deportiert, wo er ums Leben kam. Über Kontakte von Katz zur deutsch-jüdischen Emigration in den USA ist nichts bekannt. Der ehemalige Kieler Rabbiner Arthur

³² Siehe das Flugblatt „Für das Freie Deutschland von Morgen“ der AFG vom Oktober 1942. Ebd., 567–570.

³³ Zum „Council“ siehe Langkau-Alex/Ruprecht (Anm. 24).

³⁴ Krohn: Der Council for a Democratic Germany. In: Langkau-Alex/Ruprecht (Anm. 24), 36ff.

³⁵ Reichsanzeiger Nr. 207 vom 6.9.1938.

Posner kolportierte später, dass sich Katz in New York „in antizionistischem Sinne“ betätigt habe.³⁶

„Gratwandler zwischen Recht und Politik“

Im Juli 1946 kehrte Katz als GLD-Vertreter mit einer von Max Brauer geleiteten Delegation der „American Federation of Labor“ nach Deutschland zurück. Beide blieben kurz entschlossen im Lande. Unverzüglich knüpften sie Kontakte mit Kurt Schumacher in Hannover – dem ersten Vorsitzenden der westdeutschen Nachkriegs-SPD und Jurist wie Katz – und bereiteten ihre künftige politische Rolle in Deutschland vor.³⁷ In einem Artikel schilderte Katz das erste Wiedersehen mit alten Parteigenossen in Altona, die sich „um keinen Deut“ gegenüber der letzten Stadtkollegiensitzung von Anfang 1933 geändert hätten. Vorwürfe gegenüber Emigranten habe er dabei nicht zu spüren bekommen. Dass man ihn und seinesgleichen „als eine Art von Drückebergern auf dem Schlachtfeld ansähe, während die Heimgebliebenen und Untergrund-Kämpfer die wahren Heroen seien – alles das erweist sich jetzt als pure Legende“.³⁸

Katz wurde in den folgenden Jahren ein „Gratwandler zwischen Recht und Politik“, wie ihn *Der Spiegel* später charakterisierte.³⁹ Als ob die zwölf braunen Jahre nicht existent gewesen seien, stürzte er sich in die Politik. Vergangenheitsanalyse und Schuldzuweisung waren nicht seine Sache. Katz ging es allein, den Blick nach vorne gerichtet, um den Wiederaufbau. Zusammen mit Brauer bezeichnete er die Überwindung der „gegenwärtigen Hungerkatastrophe“ als vordringlichste Aufgabe. In einem Bericht vom 25. Juli 1946 verglichen beide, von den Zuständen in Hitlers Konzentrationslagern offenkundig nicht informiert, die Zustände in den Besatzungszonen mit denjenigen im KZ Bergen-Belsen. Unter dem Druck des Hungers würden die Herzen der Menschen „immer stärker den dunklen

³⁶ Arthur Posner: Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde und der jüdischen Familien in Kiel (Schleswig-Holstein). Unveröff. Manuskript. Jerusalem 1957, 354.

³⁷ Zur Rückkehr von Katz und Brauer siehe Fladhammer/Wildt (Anm. 14), 74ff.

³⁸ Zit. nach ebd., 81f.

³⁹ *Der Spiegel* 32 (1961), 34.

Einflüsterungen aus antidemokratischen, totalitären und nihilistischen Lagern zugänglich“.⁴⁰ Von den Besatzungsbehörden forderten sie die „schleunige Wiederherstellung der deutschen Gewerkschaften als freiwilliger und demokratischer Organisation“.⁴¹ Für den Wiederaufbau seien Fachleute und kompetente Politiker, nicht aber Ideologen gefragt. Am 8. Januar 1947 schrieb Katz daher an den noch in New York lebenden, früheren persönlichen Referenten des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, Herbert Weichmann, dass Leute wie er bei einer Rückkehr hochwillkommen seien, und fragte nach, ob er besondere Wünsche habe, „in einer Landesverwaltung oder in einer künftigen Reichsverwaltung [...] in irgendeiner speziellen Funktion tätig zu sein“.⁴² Katz selbst wurde am 1. Dezember 1947 von dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann als Justizminister in dessen Kabinett berufen, dem er 1949 zeitweise auch als Minister für Volksbildung angehörte. Am 28. Januar 1948 bestätigte der britische Gouverneur für Schleswig-Holstein seine Ernennung.⁴³

Fast vier Jahre lang wirkte der Sozialdemokrat, Jude und Emigrant nun an der Spitze einer durch und durch nazifizierten Nachkriegsjustiz, ja trug mit seiner Personalpolitik nicht unerheblich dazu bei, dass sich im schleswig-holsteinischen Justizapparat bald wieder ehemalige NS-Juristen tummelten.⁴⁴ Bereits 1948 hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Kieler Landtag, Andreas Gayk, ausgeführt:

„Ich weiß nicht, ob ich zu weit gehe, wenn ich erkläre, daß der Justizminister wahrscheinlich der einzige Sozialdemokrat unter den leitenden Beamten seines Ministeriums ist [...] In der Wolle gefärbte Demokraten wird man unter den Richtern mit der Laterne suchen müssen.“⁴⁵

⁴⁰ Max Brauer/Rudolf Katz: Bericht über erste notwendige Maßnahmen für Deutschland, 25.7.1946. In: Fladhammer/Wildt (Anm. 14), 339.

⁴¹ Max Brauer/Rudolf Katz: Gegenwart und Zukunft der deutschen Gewerkschaften, 5.9.1946. Ebd., 351.

⁴² Rudolf Katz an Herbert Weichmann vom 8.1.1947. StA HH Familie Weichmann, Nr. 74 a.

⁴³ LASH Abt. 786 Nr. 138.

⁴⁴ Siehe Klaus-Detlev Godau-Schüttke: Ich habe nur dem Recht gedient. Die Renazifizierung der Schleswig-Holsteinischen Justiz nach 1945. Baden-Baden 1993.

⁴⁵ Zit. nach ebd., 42. Jüdische Remigranten in der schleswig-holsteinischen Justiz gab es nur wenige; siehe einen Fall aus Kiel, ebd., 203ff.



Rudolf Katz in der Robe des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts.

Obwohl Katz die NS-Vergangenheit eines ehemaligen Staatsanwalts am Kieler Landgericht und dessen antisemitische Traktate durchaus bekannt waren, obwohl er um die einstige Tätigkeit des stellvertretenden Kieler Generalstaatsanwalts als Leiter der Abteilung Rechtswesen im „Reichskommissariat Ostland“ wusste und obwohl er über die SS-Vergangenheit eines Oberlandesgerichtsrats als ehemaligen SS-Standartenführers im Hauptamt SS-Gericht informiert war, machte er keine Einwände gegen deren Wiedereinstellung in den Justizdienst beziehungsweise deren Beförderung geltend, ja unterstützte diese sogar.⁴⁶ Die von Katz betriebene Personalpolitik folgte ausschließlich formalen Gesichtspunkten. Sie lehnte die kritische Überprüfung der früheren richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Tätigkeiten ab. Die Todesurteile ehemaliger NS-Sondergerichte blieben daher

⁴⁶ Zu diesen und ähnlichen Fällen siehe ebd., 160ff, 135ff, 172ff.

ungeprüft. Im Gegenteil: Kurz vor dem Ende seiner Amtszeit billigte Katz noch den Bericht des Generalstaatsanwalts Mannzen (SPD), der zu dem Ergebnis gekommen war, dass die vom Kieler Sondergericht durchgeführten Verfahren, die mit einem Todesurteil endeten, sämtlich mit „peinlichster Sorgfalt“ durchgeführt worden seien.⁴⁷ Zum Jahreswechsel 1947/48 dankte Katz den im Justizwesen Beschäftigten für ihre unter schwierigen Bedingungen pflichtbewusst geleistete Arbeit und sprach ihnen seine Anerkennung aus. Als markigen Sinnspruch für das kommende Jahr gab er ihnen mit auf den Weg:

„Selbst wenn der Weltbau krachend stürzt, treffen die Trümmer ein furchtlos Herz.“⁴⁸

Katz hielt den ehemaligen Nazi-Juristen das Recht auf politischen Irrtum zugute und glaubte, sie in den demokratischen Rechtsstaat integrieren zu können. So schlug er den früheren Oberlandesgerichtsrat Guido Schmidt 1950 als Bundesrichter vor, obwohl dieser ab 1937 der NSDAP angehört hatte. Katz hatte dem Juristen mit seinen guten Examensnoten abgenommen, dass er dem Nationalsozialismus ablehnend gegenübergestanden habe und „wie die überwiegende Mehrzahl der Richter“ zur Karrieresicherung der Nazi-Partei beigetreten sei – ein Fehlurteil, wie wir heute wissen. Schmidt wurde 1953 zum Präsidenten jenes IV. Zivilsenats des Bundesgerichtshofes ernannt, der 1956 einem Opfer der braunen Rassenideologie eine Entschädigung verweigerte – aus Gründen, die Kritiker als Bestätigung ihres Verdachts einer Kontinuität der NS-Rechtsprechung deuteten.

Zur Jüdischen Gemeinde in Kiel demgegenüber scheint Katz keine Beziehungen unterhalten zu haben, ja dieser geradezu aus dem Wege gegangen zu sein, wie einem Brief von Heinz Salomon – dem Leiter der Jüdischen Wohlfahrtspflege aus Kiel – aus dem Jahre 1950 zu entnehmen ist:

„Der Herr Justizminister Katz von Schleswig-Holstein ist eigentümlicherweise einer der wenigen Minister, die ich nicht kenne ... Ich habe festgestellt, dass sein Vater auf dem jüdischen Friedhof hier begraben liegt, aber sein Sohn noch nicht

⁴⁷ Ebd., 47.

⁴⁸ *Schleswig-Holsteinische Anzeigen*. Amtsblatt der Justizverwaltung für Schleswig-Holstein 195 (1948) 1, 1.

bei ihm war. Herr K. ist nur Politiker und nur als solcher aus Amerika zurückgekommen. Wir haben uns lange und eingehend überlegt, ob wir ihn begrüßen sollen, haben aber davon abgesehen, da er nach unserer Ansicht als aus Amerika zurückgekehrter Jude uns zuerst guten Tag oder Schalom hätte sagen müssen ... zumal ihm Kiel und einige alte Kieler nicht fremd sind. Zugegeben, dass sein Arbeitspensum ein grosses ist, so durfte sich doch die Zeit finden lassen, um zu sagen: wie geht es, was macht ihr?“⁴⁹

Dass sich Katz dennoch weiterhin als Jude verstand, machte er 1954 in seinem Entschädigungsantrag beim Hamburger Amt für Wiedergutmachung deutlich, das ihn als „volljüdischen Antragsteller“ einstufte.⁵⁰

Neben seiner Tätigkeit als Landesjustizminister beschäftigte sich Katz seit 1948 zunehmend – wie schon während seiner Dissertation 1919/20 – mit verfassungsrechtlichen Fragen. So zählte er zu jenen, die die am 13. Dezember 1949 vom Schleswig-Holsteinischen Landtag verabschiedete Landesverfassung mit ausgearbeitet hatten, deren Originalschrift seine Unterschrift trägt. 1949/50 war er Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundesrats. Vor allem aber gehörte er zu jenen vier Mitgliedern aus Schleswig-Holstein, die der Schleswig-Holsteinische Landtag 1948 in den Parlamentarischen Rat entsandt hatte. Vom August 1948 bis zum Mai 1949 spielte er als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für die Organisation des Bundes bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes eine durchaus maßgebliche Rolle. Unter den insgesamt 32 Mitgliedern des Rates befanden sich neben Katz lediglich fünf weitere Remigranten.⁵¹

⁴⁹ Posner (Anm. 36), 354.

⁵⁰ Sozialbehörde Hamburg: Amt für Wiedergutmachung 300995.

⁵¹ Foitzik (Anm. 2), 76.

Gegner einer plebiszitären Demokratie

Die Debatten des Parlamentarischen Rates zeigten Katz, der seit 1948 zusammen mit seiner zwischenzeitlich aus den USA zurückgekehrten Frau in der Breitenaustraße 1 in Plön lebte, als konsequenten Verfechter eines an Stabilität orientierten Verfassungsverständnisses und als Vertreter des Systems der repräsentativen Demokratie. Um den provisorischen Charakter des Grundgesetzes und des neuen Staates zu untermauern, plädierte er dafür, zunächst auf ein Staatsoberhaupt zu verzichten.⁵² Einer plebiszitären Ausgestaltung des Grundgesetzes etwa durch Übernahme von Elementen der Weimarer Reichsverfassung stand er ablehnend gegenüber. Eine Volksentscheidung über Verfassungsänderungen führe zu nichts anderem als zu einer Verschleppung von Entscheidungen, die „die Möglichkeit zu etwai- gen demagogischen Experimenten“ beinhalte.⁵³ Zusammen mit Theodor Heuss, dem späteren Bundespräsidenten, widersetzte er sich allen Versuchen, plebiszitäre Elemente im Grundgesetz zu verankern. Zehn Jahre später erklärte der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts unter seinem Vorsitz die von den sozialdemokratischen Regierungen in Hamburg und Bremen angesetzten Volksbefragungen gegen die Atomrüstung 1958 für verfassungswidrig.

Als Anhänger des Prinzips der „kämpferischen Demokratie“⁵⁴ befürwortete er demgegenüber gerade in der Anfangsphase der Republik die Möglichkeit des Parteienverbots, da er mit dem Wiedererwachen „verkapp- ter Diktaturparteien der Kommunisten und Nationalsozialisten“ rechnete, wobei ihm als „Beweismaterial“ der Verfassungsfeindlichkeit weniger die Programmatik einer Partei als vielmehr das tatsächliche Verhalten ihrer Mit- glieder entscheidungsrelevant erschien.⁵⁵ Außerdem erwog er zwecks Auf- rechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Funktionsfähigkeit des

⁵² Friedrich Karl Fromme: Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Die verfas- sungspolitischen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus Weimarer Republik und na- tionalsozialistischer Diktatur. Tübingen 1960, 33.

⁵³ Zit. nach ebd., 150f.

⁵⁴ Ebd., 164.

⁵⁵ Michael Fronz: Das Bundesverfassungsgericht im politischen System der BRD. Eine Analyse der Beratungen im Parlamentarischen Rat. In: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik 2 (1971), 670f.

Parlaments die Einfügung von Notstandsregeln in das Grundgesetz.⁵⁶ Vor allem aber zählte Katz zu den Erfindern des in Artikel 67 GG niedergelegten konstruktiven Misstrauensvotums, das er als „Kern des neuen Regierungssystems“ vehement gegen Bedenken von CDU und FDP verteidigte.⁵⁷ Das System der Präsidialdemokratie und die Übernahme fremder demokratischer Strukturelemente, wie er sie etwa in den USA kennengelernt hatte, lehnte er ab. Nach Foitzik trug die gesamte Regierungsorganisation des Grundgesetzes „die Handschrift von Rudolf Katz“.⁵⁸

Dieser führte später selbst aus, welche Erfahrungen und Überzeugungen ihn und die Mitglieder des Parlamentarischen Rates bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes geleitet hätten: Zunächst habe das

„Hitlersche System jedem künftigen Diktator-Anwärter ein wirksames und gebrauchsfertiges Muster dafür geliefert [...], wie eine moderne Demokratie mit verhältnismäßig einfacher Technik und binnen kurzer Zeit in eine Despotie umgewandelt werden kann.“

Zweitens habe die Sowjetunion versucht, ihr System der Gewaltherrschaft vom sowjetisch besetzten Teil Deutschlands auf das übrige Deutschland zu übertragen. Aus alledem habe man drittens den Schluss gezogen, dass nach der Erfahrung des „Dritten Reichs“ eine Demokratie in Deutschland nur dann eine wirkliche Chance habe, wenn diese „in der Form eines mit stärkster Intensität ausgebauten Rechtsstaates wieder errichtet“ werde.⁵⁹

Am 7. September 1951 folgte Katz, der sich nach seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt als Rechtsanwalt in Plön niedergelassen hatte, einem Ruf als erster Vizepräsident des neu gegründeten Bundesverfassungsgerichts nach Karlsruhe, dessen Zweiten Senat er bis zu seinem Tode leitete.⁶⁰ Seit 1960 gehörte er zudem der Internationalen Juristenkommission der

⁵⁶ Fromme (Anm. 52), 125.

⁵⁷ Ebd., 8f, 86, 109.

⁵⁸ Foitzik (Anm. 2), 85.

⁵⁹ Rudolf Katz: Zur Stellung der Dritten Gewalt (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst 24). Bonn 1957, 19f.

⁶⁰ Grundsätzlich zum Bundesverfassungsgericht: Das Bundesverfassungsgericht 1951–1971. Hrsg. vom Bundesverfassungsgericht. Karlsruhe 1971; Friedrich Klein: Bundesverfassungsgericht und richterliche Beurteilung politischer Fragen. Münster 1966.

Vereinten Nationen an. Als Vorsitzender des für Verfassungsstreitigkeiten und -beschwerden, Organstreitigkeiten und Normenkontrollverfahren zuständigen Zweiten Senats war Katz an so wichtigen Entscheidungen wie den Urteilen über den Südweststaat, über das Konkordat, über die Atomaufrüstung und über die Parteienfinanzierung beteiligt.⁶¹ In Schriften und Vorträgen erwies er sich als eher konservativer Verfechter eines starken, kämpferischen Rechtsstaates und – im Gegensatz zu seiner eigenen Partei – einer Notstandsgesetzgebung.⁶²

In einem Vortrag anlässlich der Jahrestagung der deutschen Sektion der Internationalen Juristenkommission 1959 in Bad Godesberg, die sich auch mit dem Thema „Rechtsstaat und Staatsnotrecht“ beschäftigte, hatte Katz geraten, die Lücke im Grundgesetz möglichst bald zu schließen; denn falls ein Notstand eintreten sollte, werde die jeweilige Regierung das Recht usurpieren, Notverordnungen zu erlassen, also so handeln, „als ob der Artikel 48 der Weimarer Verfassung [...] noch existiere“. Katz empfahl – ohne zwischen Verteidigungsfall und innerem Notstand zu unterscheiden – einen einzigen Notstandsartikel „mit wenigen allgemeinen Feststellungen und Folgerungen“. Dieser solle spätestens in zwei Jahren beschlossen werden, solange sich die Republik noch in einer Schönwetterlage befinde. Ein „Gewittersturm“ – das lehre der Blick auf die Weimarer Republik – könne rasch heraufziehen. Er sah freilich voraus, dass es den Parteien nicht leichtfallen werde, sich bei der – wie er fand – außerordentlich unsympathischen, hässlichen und unpopulären Behandlung dieses Themas zusammenzurufen. Das erwies sich, wie wir heute wissen, ja in der Tat als überaus schwierig; nur eine Große Koalition sollte diesen Kraftakt acht Jahre später bewerkstelligen.

Rudolf Katz starb am 23. Juli 1961 nach längerer Krankheit in Baden-Baden, wo er seit 1951 lebte. Auf der Trauerfeier am 30. September 1961 sprachen in Anwesenheit hoher Repräsentanten aus Politik und Justiz unter anderem Bundespräsident Heinrich Lübke, der schleswig-holsteinische

⁶¹ Hans Heinrich Rupp: Einige wichtige Entwicklungslinien in der Rechtsprechung des zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts. In: Das Bundesverfassungsgericht (Anm. 60), 121–158.

⁶² Siehe etwa Rudolf Katz: Zur Änderung des Wahlgesetzes. Anregung zu einer verfassungsrechtlichen Erschwerung. In: Festgabe für Carlo Schmidt zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Theodor Eschenburg u. a. Tübingen 1962, 119–128; Rudolf Katz: Zur Stellung der Dritten Gewalt. Stellung und Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts. In: Deutsche Richterzeitung 37 (1959).

Justizminister Dr. Bernhard Leverenz sowie Max Brauer, der Katz als „deutschen Juden“ bezeichnete, der „seine ganze Kraft dem freiheitlich-demokratischen Sozialismus gewidmet“, trotz der nationalsozialistischen Judenpolitik „sein(en) Glauben an das deutsche Volk“ nie verloren und „schon vor dem Zusammenbruch die Planung eines demokratischen Rechtsstaates immer wieder überdacht und auch öffentlich vertreten“ habe.⁶³ Mit Ausnahme von Brauer und der *Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung*⁶⁴ wurde in den nun erscheinenden Nachrufen⁶⁵ mit keiner Silbe der jüdischen Herkunft von Katz gedacht. Durchaus typisch war der Nachruf des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Gebhard Müller, der Katz eher allgemein als „eine auf Ausgleich der Gegensätze bedachte Persönlichkeit“ würdigte.

„Die bitteren persönlichen Erfahrungen im Gefolge des nationalsozialistischen Regimes hatten ihm eine Weite des Blickes gegeben, die es ihm ermöglichte, das vielfältige politische Geschehen frei von jedem Ressentiment stets von höherer Warte zu sehen.“⁶⁶

Und auch Gerhard Leibholz betonte, dass ihn die „Erfahrungen, die er im Sturm des Unrechts gemacht hatte, [...] noch abgeklärter, noch reifer, noch toleranter“ hätten werden lassen.⁶⁷ Eine spätere Broschüre der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein musste korrigiert werden, da sie Katz als von den Alliierten eingesetzten Justizminister apostrophierte, ihr aber unbekannt geblieben war, dass Katz aus Kiel stammte und jüdischer Herkunft war.⁶⁸

Dieser kometenhafte Aufstieg eines Remigranten, zumal eines jüdischen, war im damaligen Nachkriegsdeutschland alles andere als üblich. Er beruhte zu einem wesentlichen Teil auf dem öffentlich bekundeten Selbstverständnis und den Verdrängungsleistungen eines Mannes, der sich

⁶³ Archiv der sozialen Demokratie. SPD-LV Schleswig-Holstein 209.

⁶⁴ *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* vom 28.7.1961.

⁶⁵ Wie etwa von Gerhard Leibholz: Rudolf Katz zum Gedenken. In: *Deutsche Rundschau* 11 (1961), 1121–1126; oder von Artur Herr in: *Die öffentliche Verwaltung* 14 (1961), 784f.

⁶⁶ Kopie des Nachrufs im Archiv der FJSH, Slg. Hauschildt-Staff 3.

⁶⁷ Leibholz (Anm. 65), 1125.

⁶⁸ Auskunft von Herrn Rolf-Peter Magen (Berlin) vom 23.9.1997.

nicht in erster Linie als Jude und Remigrant begriff und dessen antitotalitäre Grundeinstellung sich zudem nahtlos in Gesellschaft und Politik jener Zeit einpasste. Verschärfend hinzu kam, dass sich Katz seit Jahren von seinem jüdischen Herkunftsmilieu entfremdet hatte. Weder in seinen Briefen noch in seinen Artikeln klingen Hinweise auf seine jüdische Herkunft an. Für die regionalen Eliten repräsentierten Remigranten wie Katz daher weder Verfolgung noch Exil, sondern die Normalität von vor 1933, an die man anzuknüpfen wünschte. Oder anders ausgedrückt: Katz wurde nicht Minister, weil er Emigrant war, sondern obwohl er Emigrant war.⁶⁹

Bei Remigranten wie Katz dürfte, wie Christa Fladhammer und Michael Wildt vermuten, vor allem die Unkenntnis über die wirklichen Verhältnisse in Hitlerdeutschland ein Verhalten begünstigt haben,

„unbefangen und voller Tatendrang an den Wiederaufbau zu gehen. Indem sie nach dem Krieg die Zeit des Nationalsozialismus einfach überbrückten und vermeintlich dort wieder anknüpften, wo sie 1933 unterbrochen worden waren, boten sie auch denen eine Chance zur Mitarbeit, die auf irgendeine Weise in das NS-Regime verstrickt gewesen waren.“⁷⁰

Gerade diese „Verblendung“ gegenüber der tatsächlichen Beteiligung auch des eigenen parteipolitischen Klientels an der Verbrechensgeschichte des „Dritten Reichs“⁷¹ begründete „auf eine paradoxe Weise eine beachtliche Kraft, die Ärmel aufzukrempeln und den Wiederaufbau Deutschlands anzupacken“. Da sich Katz und Brauer über die reale Verstrickung der Deutschen täuschten oder diese nicht wahrhaben wollten, waren sie in der Lage, auch mit jenen zusammenzuarbeiten, die sich schuldig gemacht hatten. Die Ausklammerung der Vergangenheit und die Nichtthematisierung der Schuld der Daheimgebliebenen erwiesen sich so gleichermaßen als unerlässliche Bedingungen jenes „Wiederaufbaupakts“ der frühen Bundesrepublik wie einer erfolgreichen Remigration.

⁶⁹ Marita Krauss: Die Region als erste Wirkungsstätte von Remigranten. In: Krohn/von zur Mühlen: Rückkehr und Aufbau (Anm. 2), 31.

⁷⁰ Fladhammer/Wildt (Anm. 14), 70.

⁷¹ Exemplarisch am Beispiel Max Brauers siehe zu diesem Verblendungszusammenhang auch Michael Wildt: Die Kraft der Verblendung. Der Sozialdemokrat Max Brauer im Exil. In: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch 15 (1997), 162–179.

Marita Krauss kommt in ihrer Geschichte der Remigration nach 1945, bezogen auf Katz und Brauer, zu folgendem Urteil, dem ich nur zustimmen kann:

„Sie kamen unaufgefordert, sie verlangten keine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sie wollten helfen und benützen schnell wieder die Formel ‚wir hier in Deutschland‘. Ihre Identifikation mit der alten Heimat wird bereits in der Geschwindigkeit deutlich, mit der sie sich ihrer amerikanischen Staatsbürgerschaft entledigten. Doch in Anbetracht dessen, was während der NS-Zeit alles geschehen war, kann auch dies keineswegs als ‚normal‘ betrachtet werden.“⁷²

Dass Katz heute in Schleswig-Holstein weitestgehend vergessen ist, mag damit zusammenhängen, dass er sich nicht in die festgefügtten, in Schule und Medien eingeübten Klischees einer Political-Correctness-Mentalität einfügt, die sehr genaue Vorstellungen darüber hat, was ein Jude oder was ein verfolgter Sozialdemokrat ist. Katz' Biographie sperrt sich gegen diese Etikettierungen. Sie ist eine Biografie „zwischen den Stühlen“ und vermutlich gerade deshalb für das offizielle Schleswig-Holstein wenig erinnerungswürdig.

⁷² Marita Krauss: Die Rückkehr einer vertriebenen Elite. Remigranten in Deutschland nach 1945. In: Günther Schulz (Hrsg.): Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert. München 2001, 116.